

bestehe nur im Falle eines militärischen Vorgehens der Stationierungstreitkräfte der SU gegen DDR-Bürger. Die DDR sei nicht der Platz des Himmlischen Friedens in Peking. Wenn alles gutgehe, werde die deutsche Einheit sich als ein wesentliches Element für Frieden, Freiheit und Zusammenarbeit in Europa entwickeln. Ein neues einiges Deutschland werde mit Sicherheit nicht zu einem „Vierten Reich“ werden, da es ganz andere Schwerpunkte habe als das Deutschland nach 1918. Der große Fehler des Versailler Vertrages<sup>9</sup> wie des Trianon-Vertrages<sup>10</sup> sei es gewesen, die Orientierungsachse Deutschlands in den Osten zu verlagern. Die Orientierungsachse des heutigen Deutschland liege im Westen und Südwesten mit seiner völlig anderen – rheinischen – Mentalität.

Er, BK, habe Gorbatschow auch darauf hingewiesen, daß dieser angesichts der bevorstehenden wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung in der DDR kaum mehr Interesse daran haben könne, dort weiterhin sowjetische Truppen stationiert zu halten.

A fügt ein, daß Staatspräsident Havel die Frage aufgeworfen habe, was die Sowjetunion künftig mit ihren bisher in den RGW-Staaten stationierten Truppen anfangen könne.

BK fährt fort, daß ein in der DDR stationierter Feldwebel der Roten Armee, der die künftig zu erwartende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung in der DDR beobachte, das eigene System in Frage stellen müsse.

Gorbatschow habe nur dann eine Chance, wirtschaftliche Erfolge zu erzielen, wenn es ihm gelinge, die Hindernisse auszuräumen, die bislang schon der Entfaltung der Perestroika im Wege gestanden hätten.

...<sup>11</sup>

*Ueberschaer*

#### Nr. 187

### Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Staatspräsident Mitterrand Paris, 15. Februar 1990

BK, 211 – 30104 F 2 Fr 24, Paris, 15. 2. 1990, Hauptvorgang. – Vermerk des MDg Neuer, 16. Februar 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltschik erl.“

Betr.: Treffen des Herrn Bundeskanzlers mit Präsident Mitterrand bei einem Abendessen in Paris am Donnerstag, dem 15. Februar 1990

Auf französischer Seite waren zugegen:

Jacques Attali

Elisabeth Guigou

Frau Stoffaes, Dolmetscherin.

Auf deutscher Seite:

MD Teltschik

MDg Dr. Neuer

Frau Siebourg, Dolmetscherin.

<sup>9</sup> Friedensvertrag zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten, unterzeichnet am 28. Juni 1919 in Versailles (Versailler Vertrag), in: RGBl. 1919, 700–1349 (deutscher, englischer und französischer Wortlaut).

<sup>10</sup> Mit den Friedensverträgen von Trianon, unterzeichnet am 4. Juni 1920 im Palais Grand Trianon in Versailles, und Saint-Germain-en-Laye, 10. September 1919, zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Ungarn bzw. Österreich wurde die Nachkriegsordnung des früheren Österreich-Ungarn festgeschrieben (G.Fr. de Martens/Heinrich Triepel, Nouveau Recueil Général de traités et autres actes relatifs aux rapports de droit international. Troisième série. Tome XII. Leipzig 1924, 423–565; ebd. Tome XI. Leipzig 1923, 691–839).

<sup>11</sup> Im folgenden besprochen: Fragen der Beziehungen der EG-Staaten zu Israel und Südafrika.

Der Bundeskanzler berichtet zunächst kurz über die Bundestagsdebatte vom Vormittag zur Deutschlandfrage<sup>1</sup> und sein Treffen mit den Ministerpräsidenten der Länder<sup>2</sup>.

Zur Lage in der DDR führt er aus, daß eine Prognose nicht möglich sei. Die Situation habe sich sehr zugespitzt. Als er Präsident Mitterrand am 4. Januar in Latché besucht habe,<sup>3</sup> habe er noch geglaubt, Modrow könne die Dinge stabilisieren. Leider habe Modrow nicht einhalten können oder wollen, was er in Dresden mit ihm besprochen habe.<sup>4</sup> Die psychologische Situation in der DDR sei zu dem Zeitpunkt, als er zuletzt mit Präsident Mitterrand gesprochen habe, noch von großem Enthusiasmus gekennzeichnet gewesen. Die Zahl der Übersiedler sei damals deutlich zurückgegangen. Dann sei jedoch die Stasi-Affäre gekommen. Hier habe Modrow einen entscheidenden Fehler begangen. Der Fehler sei gewesen, daß er den Stasi nicht sofort aufgelöst habe. Auch das früher versprochene Wahlgesetz für die DDR sei bis heute noch nicht fertiggestellt. Am 18. März seien bereits die Wahlen in der DDR; das Gesetz solle erst nächste Woche verabschiedet werden.

Präsident Mitterrand erkundigt sich, was es vorsehe.

Der Bundeskanzler antwortet, es sehe ein Verhältniswahlrecht vor, und fährt fort, daß neben der Stasi-Affäre entscheidend gewesen sei, daß die DDR nicht – wie das abgesprochen worden sei – wirtschaftliche Reformen, ähnlich wie in Ungarn, eingeleitet habe. Die DDR habe bisher noch nichts übernommen. Sie versuche, aus der SED-Ideologie zu retten, was noch zu retten sei. Dies habe dazu geführt, daß zwischen dem 1. Januar und heute etwa 90 000 Übersiedler in die Bundesrepublik gekommen seien. Wenn man diese Zahl fortschreibe, so komme man bis Ende des Monats Februar auf 110 000 Übersiedler. Dies entspreche der Größe einer Stadt wie Dessau.

Präsident Mitterrand nennt auf die Frage des Bundeskanzlers, welcher französischen Stadt dies entspreche, Clermont-Ferrant.

Der Bundeskanzler fährt fort, daß die fortgesetzte Abwanderung aus der DDR dort sehr ernsthafte Probleme verursache. Es seien viele Menschen darunter, die interessante Berufe hätten, wie Computerspezialisten, Facharbeiter, Chemiker, Handwerker.

Auf Frage des Präsidenten führt der Bundeskanzler aus, daß sie in der Bundesrepublik zwar nicht immer sofort, aber doch nach einiger Zeit Arbeit fänden. Für uns sei dies kein unlösbares Problem. Die Menschen würden aber in der DDR gebraucht. Wenn erst einmal in der DDR die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen seien, werde es dort einen großen Entwicklungsschub geben. Die Nationale Volksarmee löse sich auf. Zahlreiche Offiziere würden sich bei der Bundeswehr bewerben.

Präsident Mitterrand stellt die Frage nach dem Warschauer Pakt.

Der Bundeskanzler bemerkt, der Warschauer Pakt bestehe nur noch auf dem Papier fort. Er kommt zurück auf die Lage in der DDR. Man müsse versuchen, den Strom der Übersiedler abzustoppen und zunächst einmal den Wahltermin zu erreichen. Die neue Regierung müsse dann eine Wirtschaftsreform durchführen. Dies sei die Voraussetzung für eine Währungsunion. Er hoffe, daß die Wahlen die Lage in der DDR so stabilisierten, daß neue Gesetze verabschiedet werden könnten und wir nicht eines Tages aufwachten und die Probleme vor unserer Haustür abgeladen würden.

Präsident Mitterrand meint, es gebe keinen Grund dafür, daß sich bis zu den Wahlen die Lage sehr verändere.

1 Die Aussprache fand im Anschluß an eine Regierungserklärung des Bundeskanzlers Kohl über die Gespräche mit Generalsekretär Gorbatschow und Ministerpräsident Modrow statt (Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenogr. Berichte. Bd. 152. Plenarprotokoll 11/197, Regierungserklärung 15102–15110, Aussprache 15110–15152).

2 Nr. 185.

3 Nr. 135.

4 Nr. 129.

Der Bundeskanzler stimmt mit der Bemerkung zu, dies sei richtig, wenn nichts Unvernünftiges in der DDR geschehe. Aber die Stasi-Affäre sei auch völlig unerwartet gekommen.

Der Präsident wirft ein, ein Monat vergehe schnell und nach einem Monat sei ein anderer Gesprächspartner in der DDR vorhanden.

Der Bundeskanzler bemerkt, unser Interesse sei es, daß der Prozeß in der DDR nicht zu schnell gehe und die Zahl der Übersiedler abnehme. Das Signal der Währungsunion und der Wirtschaftsunion<sup>5</sup> sei ein starkes Signal gewesen. Wenn die Menschen drüben erst sehen würden, wir meinten es ernst, werde dies auch Wirkung haben.

Präsident Mitterrand beurteilt den Vorschlag der Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft als gut, wendet jedoch ein, die derzeitige Regierung entscheide hierüber nicht.

Der Bundeskanzler stimmt zu. Dies sei nicht möglich. Die Vorbereitung auf Expertenebene werde jedoch jetzt erfolgen. In der DDR würden auch noch andere Fragen diskutiert, die man als Außenstehender nicht so sehe. Die Bevölkerung wolle die alten Länder wieder – wie Thüringen, Sachsen und die übrigen. Sie wollten eine Art Bundesrepublik mit Ländergliederung. Viele sagten, es sei ein großer Fehler Ulbrichts gewesen, die Länder aufzulösen. Auch dies werde ein Thema nach den Wahlen sein. Die Diskussion werde dann auch darum gehen, ob man die früheren Länder wiederherstelle. Ein Teil sei kleiner geworden durch die Oder-Neiße-Grenze. Die Menschen in der DDR wollten Landtagswahlen. Er sehe der Entwicklung zuversichtlich entgegen. Die Hauptaufgabe sei jetzt, die Lage dort zu beruhigen.

Zu seinem Gespräch mit Gorbatschow am 10. Februar in Moskau<sup>6</sup> bemerkt der Bundeskanzler, er befinde sich in völliger Übereinstimmung mit ihm. Er habe Gorbatschow nach dieser schwierigen Woche mit der Sitzung des ZK<sup>7</sup> in sehr guter Verfassung gefunden. Gorbatschow habe eine gute Chance. Allerdings verursache ihm die miserable Versorgungslage große Sorgen. Ein weiteres riesiges Problem sei die Nationalitätenfrage. Er selbst habe den Eindruck, der kritischste Punkt sei die Ukraine. Dies sei eine Frage, die bei uns nicht diskutiert werde. Er könne sich vorstellen, daß eine Lage eintrete, in der die Sowjetunion das Baltikum ziehen lasse. ...<sup>8</sup>

Präsident Mitterrand wirft ein, man müsse Gorbatschow unterstützen, damit er sich halten könne.

Der Bundeskanzler fährt fort, was die Frage der Neutralität Deutschlands angehe, so habe Gorbatschow begriffen, daß es hierfür keine Chance gebe. Er werde das auch akzeptieren. In der DDR ständen 380 000 sowjetische Soldaten. Ferner seien dort 120 000 sowjetische Zivilisten. Die Sowjetunion wisse nicht, wohin sie bei einem Abzug mit diesen Menschen solle. Das gleiche Problem stelle sich in Ungarn und der ČSSR. Gorbatschow sehe auch, daß mit der Einführung der DM in der DDR und den dann vollen Regalen in den Läden die Probleme mit den sowjetischen Truppen in der DDR noch größer würden, denen dann der Unterschied zu den Zuständen zu Hause in der Sowjetunion deutlich vor Augen geführt werde. Schon jetzt sei dies ein Problem. Er glaube, daß man mit Blick auf das Problem NATO/Warschauer Pakt eine Lösung finden könne. Er sei deswegen auch sehr zufrieden mit dem Ergebnis von Ottawa,<sup>9</sup> weil die Außen- und Sicherheitspolitik jetzt parallel zur Entwicklung in Deutschland verlaufe.

Präsident Mitterrand erkundigt sich, ob es nach dem Eindruck des Bundeskanzlers so aussehe, daß die Russen sich nach der Vereinigung Deutschlands ganz zurückziehen sollten.

Der Bundeskanzler bemerkt, es müßten Übergangsregelungen gefunden werden.

5 Nr. 169A.

6 Nr. 174 und Nr. 175.

7 Nr. 155 Anm. 5.

8 Zwei Sätze nicht freigegeben.

9 Nr. 175 Anm. 5 und 6 sowie Nr. 177 Anm. 3.

Präsident Mitterrand fragt, ob der Bundeskanzler dem zustimmen könne?

Der Bundeskanzler bejaht dies, wenn die Übergangsregelung zeitlich begrenzt wäre. Wichtig sei es zu zeigen, daß Deutschland kein militärisch starkes Land sein wolle. Für das Gebiet der DDR könne man eine Regelung finden, zumal die Dinge sich im Abrüstungsbereich gut entwickelten. Gorbatschows Hoffnung gelte den Wirtschaftsbeziehungen, dem Weiterlaufen der Lieferungen von Waren gegen Gas und Öl. Es gebe hier große Schwierigkeiten, die jedoch lösbar seien. Wichtig für uns sei es, daß diese Entwicklung aufs engste in die europäische Entwicklung eingebunden sei und daß vor allem die deutsch-französische Freundschaft eine feste Grundlage bleibe. Dies gelte heute mehr denn je. Hiervon sei er fest überzeugt. Er glaube sogar, dies sei für die Sowjetunion eine Beruhigung. Er habe Gorbatschow in dieser Auffassung sehr bestärkt. Je mehr Rechte Deutschland an die EG übertrage, was im Gange und unser Ziel sei, desto weniger wirklich erscheine das Gespenst eines Vierten Reichs. Hinzu komme, daß das aus der DDR, Berlin und der Bundesrepublik bestehende Deutschland eine andere Achse als das alte Deutschland habe. Diese Achse bleibe der Rhein. Es sei völlig anders als im Reich. Die Wirtschaftswanderung in der Bundesrepublik habe das Bild völlig verändert. 1930 seien Oberschlesien, die Saar und die Ruhr das Kerngebiet der Schwerindustrie gewesen. Heute sei diese Industrie weitgehend uninteressant. Jetzt spielten z. B. die Computerindustrie und die Chemie eine tragende Rolle. Diese Industrien hätten sich im deutschen Süden angesiedelt. Auch bei einer Restabilisierung in der DDR werde der Schwerpunkt südlich des Mains liegen, in Hessen, Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz. Wenn man das historisch sehen wolle, so könne man sagen, südlich des Limes. Dies sei entscheidend anders als früher.

Präsident Mitterrand stimmt zu und bemerkt, er sehe das auch so. Er habe schon gesagt, daß ihm die Perspektive eines geeinten Deutschland keine Schwierigkeiten mache. Dies habe er bereits in Bonn am 3. November 1989 geäußert.<sup>10</sup> Aber man müsse solche Aussagen häufig wiederholen. Insbesondere gegenüber den deutschen Zeitungen.

Der Bundeskanzler wirft ein, er mache ständig die gleichen Erfahrungen mit der deutschen Presse.

Präsident Mitterrand fährt fort, man könne von ihm nicht erwarten, daß er wie ein deutscher Patriot rede. Er rede wie ein französischer Patriot. Als französischer Patriot sei er nicht beunruhigt. Was heiße überhaupt beunruhigt? Deutschland sei eine historische Realität, mit der man sich abfinden müsse, ob es einem gefalle oder nicht. Ihm gefalle es. Es wäre ungerecht, wenn man die Ostdeutschen nicht als Deutsche betrachte und den Deutschen das Recht vorenthalte, sich zu vereinigen. Von dieser Position sei er nie abgewichen. Er habe auch schon gesagt, daß die Franzosen an die Deutschen als Nachbarn gewöhnt seien. Es habe unglückselige Perioden in der Geschichte gegeben, aber auch glücklichere Zeiten. Die Frage sei, wie man die Konsequenzen der Vereinigung Deutschlands angehen wolle. Es gebe hier verschiedene Gebiete, von denen der Bundeskanzler eines genannt habe, nämlich die beiden Bündnissysteme. Hier gebe es praktische Schwierigkeiten. Die Sowjetunion sei nicht mehr in der Lage, übertriebene Forderungen zu stellen. Man dürfe sie aber nicht mehr in die Enge treiben als nötig. Die Frage der sowjetischen Soldaten in der DDR könne fortschreitend gelöst werden. Die Lösung dürfe aber nicht lange auf sich warten lassen. Er glaube, daß sich auch bald das Problem der Truppen des westlichen Bündnisses in der Bundesrepublik stellen werde. Er wolle nicht warten, bis die westdeutsche Bevölkerung finde, die Gegenwart amerikanischer, französischer und britischer Soldaten laste auf ihr zu schwer. Die Deutschen würden sagen, wir sind ein normales Land, wir haben unsere Streitkräfte, wir haben unsere Bündnisse, wir sind Teil des europäischen Gleichgewichts. Warum sollten wir darüber hin-

<sup>10</sup> Nr. 70 Anm. 8.

ausgehen? Sie würden sagen, wir Deutsche sind wie die anderen. Wer neutral sein wolle, könne dies sein, wie z. B. Schweden und die Schweiz, die es freiwillig seien, Österreich[, das es] weniger freiwillig geworden sei. Die Deutschen könnten sagen, sie akzeptierten keine Vormundschaft mehr, weder westliche noch östliche. Sie wollten betrachtet werden wie eine erwachsene Nation. Er wolle nicht auf den Zeitpunkt warten, wo die Deutschen sagen werden, die fremden Soldaten sollen gehen. Man könne die Soldaten stehenlassen, solange die Verhandlungen dauerten, aber nicht mehr lange. 45 Jahre nach dem Krieg gebe es nicht mehr die Beziehungen wie zwischen Siegern und Besiegten. Man müsse den Augenblick erlauben, wo die Deutschen sagten, wir brauchen keine fremden Truppen mehr. Vielleicht würden einige Elemente von US-Truppen noch stehenbleiben als Teil der Gesamtsicherung. Er wolle auf jeden Fall nicht zu spät kommen und plötzlich ein Verhältnis wie zu einem besetzten Land haben. In einem normalen Staat wäre dies eine normale Situation. Jeder deutsche Politiker, der in einem vereinten Deutschland sagen werde, wir sind ein erwachsenes Land, wir wollen keine fremden Truppen mehr, hätte Erfolg. Eine schwierige Frage werde sich für den Bundeskanzler stellen, wenn es um die Atomwaffen gehe. Bisher gebe es US-Atomwaffen in Deutschland. Frankreich habe glücklicherweise keine solchen Waffen in Deutschland stationiert. Aber was sollten die französischen Truppen dann noch in Deutschland? Es solle keine einseitige Entscheidung getroffen werden, aber es sollten Konsultationen stattfinden. Er möchte auf jeden Fall handeln, ehe es soweit komme. Für die Sowjetunion sei die Lage noch schwieriger. Die DDR sei für sie ein vorgeschobenes Glacis. Es sei für die Sowjetunion schwieriger, wenn die Ostdeutschen in das westliche Bündnis einbezogen würden. Er glaube nicht, daß Gorbatschow dem zustimmen könnte, ohne selbst gefährdet zu werden.

Der Bundeskanzler stimmt letzterem zu.

...<sup>11</sup>

Präsident Mitterrand fährt fort, eine solche Erklärung müßten alle NATO-Partner abgeben. Dies sei ein sehr dringliches Problem. Unmittelbar nach den Wahlen in der DDR am 18. März werde sich die Frage nach dem Status der DDR im Verhältnis zur sowjetischen Armee stellen, und in der Konsequenz daraus dürfe es bei der Sowjetunion keinen Zweifel geben, wenn die DDR militärisch neutral, aber politisch zu Deutschland gehöre – wann immer dies auch der Fall sein werde –, daß dies kein Vordringen der NATO bzw. einen Rückzug der Sowjetunion bedeute.

Der Bundeskanzler stimmt grundsätzlich zu, bemerkt jedoch, daß die von Präsident Mitterrand vorgetragene Auffassung bezüglich der westlichen Truppen in der Bundesrepublik nicht die Stimmung der deutschen Bevölkerung widerspiegele. Die deutsche Bevölkerung werde nicht den völligen Abzug der fremden Truppen verlangen. Nach der Reduzierung würden die Menschen sagen, diese müßten mindestens so lange bleiben, wie sowjetische Truppen in Deutschland sind.

Präsident Mitterrand bemerkt, daß in einem wiedervereinigten Deutschland die Bevölkerung nicht lange eine sowjetische Besatzung in Ostdeutschland hinnehmen könne. Aus diplomatischen Gründen müsse man dies sagen. Es werde sich aber um einen Prozeß von nur einem oder zwei Jahren handeln. Man müsse feierlich erklären, daß die NATO keinen Vorteil hieraus ziehen wolle, um ihr Gebiet auszudehnen. Er denke schon, eine gewisse Anzahl von Truppen sollten für die Sicherheit aller in Deutschland stehenbleiben. Es dürften jedoch nicht zu viele sein. Sonst würden die Reflexe des deutschen Nationalgefühls hochkommen. Um so mehr, als die Rolle der Vier Mächte [die] Möglichkeit in sich berge, die Deutschen zu reizen. Rein juristisch hätten die Vier Mächte ein „droit de regard“ in allen Fragen. Dies betreffe auch die Wiedervereinigung. Das gefalle den Deutschen nicht. Wann immer die Vier

11 Zwei Sätze nicht freigegeben.

Mächte als solche auftreten würden, könne man feststellen, daß die Deutschen, auch der Bundeskanzler, die Augenbrauen hochziehen. Aber es gebe einen Unterschied zwischen den Rechten, die aus dem Krieg resultierten, und der Realität. In der Realität hätten die Vier Mächte kein Recht einzugreifen, wenn es um die Wiedervereinigung gehe. Sie hätten jedoch ein „droit de regard“, wenn es um die Konsequenzen der Wiedervereinigung gehe. Es sei bereits hierüber gesprochen worden, z. B. im militärischen Bereich oder im Hinblick auf die atomare Bewaffnung der Deutschen.

Präsident Mitterrand stellt die Frage, ob ein vereintes Deutschland im Hinblick auf eine atomare Bewaffnung die gleiche Verpflichtung eingehen werde wie die Bundesrepublik Deutschland.

Der Bundeskanzler versichert, daß dies der Fall sein werde.

Präsident Mitterrand fährt fort, er stelle diese Frage, weil sie für Frankreich von großem Interesse sei. Er halte dies für legitim. Nicht legitim wäre es, wenn sich das „droit de regard“ auf die Frage erstrecken sollte, wie die Deutschen unter sich ihre Einheit organisieren. Ein legitimes „droit de regard“ bestehe, wenn es sich um das Verhältnis der Deutschen zu ihren Nachbarn drehe – z. B. um die Grenzen im Osten. Er habe dem Bundeskanzler gegenüber schon früher erklärt, daß die Verträge von 1918<sup>12</sup>, 1919<sup>13</sup>, 1920<sup>14</sup>, 1921<sup>15</sup> und 1945<sup>16</sup> ungerecht gewesen seien. Aber man müsse damit leben. Man könne diese Fragen nicht allgemein in Europa wieder öffnen.

Der Bundeskanzler versichert, hier bestehe keine Gefahr.

Präsident Mitterrand bezeichnet als die wichtigste Frage die Oder-Neiße-Grenze. Es sei dies nicht die einzige Grenze, auf deren beiden Seiten Deutsche lebten. Er könne die Gefühle der Deutschen verstehen. Aber politisch gesehen, müsse man sagen, dies sei schicksalhaft. Er halte es für legitim, daß diese Fragen Frankreich beunruhigten und interessierten.

Der Bundeskanzler wiederholt, daß Deutschland die gleiche Position in bezug auf die Nuklearwaffen einnehmen werde wie die Bundesrepublik Deutschland. Ein wiedervereinigtes Deutschland werde auch die Grenzen bestätigen. Es sei ein psychologisch wichtiger Punkt, daß die Bestätigung der Grenzen mit der Wiedervereinigung einhergehe und keine Vorleistung sei.

Präsident Mitterrand erwidert, es wäre – politisch gesehen – gut gewesen, wenn der Bundeskanzler die Oder-Neiße-Grenze bestätigt hätte. Juristisch gesehen sei der Bundeskanzler im Recht.

Der Bundeskanzler bemerkt, die ganze Oder-Neiße-Frage sei ohne Not hochgespielt und zu einem Thema gemacht worden. Innenpolitische Gründe seien hierfür maßgebend gewesen. Natürlich sei dies eine große Wunde; es helfe aber nichts, sie aufzureißen. Er erwähnt als eindrucksvolles positives Beispiel eines Zuehens auf die Deutschen die Rede des tschechoslowakischen Präsidenten Václav Havel vor 14 Tagen.<sup>17</sup> Er habe das Unrecht bedauert, das

12 Waffenstillstandsabkommen zwischen den Alliierten und dem Deutschen Reich, unterzeichnet am 11. November 1918 in Compiègne, in: Der Waffenstillstand 1918–1919. Hg. im Auftrage der Deutschen Waffenstillstands-Kommission. Mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes. I. Bd.: Der Waffenstillstandsvertrag von Compiègne und seine Verlängerungen nebst den finanziellen Bestimmungen. Berlin 1928, 23–57, französischer Wortlaut mit Zusatznoten und Beilagen 74–89.

13 Nr. 186 Anm. 9.

14 Ebd., Anm. 10.

15 Vertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, unterzeichnet am 25. August 1921 in Berlin, in: RGBl. 1921, 1318–1323.

16 Nr. 89 Anm. 15.

17 Präsident Havel bezeichnete am 25. Januar 1990 vor dem Sejm die Teilung Europas und Deutschlands als „zwei Seiten derselben Münze“. Ein „vereintes Europa mit einem geteilten Deutschland“ sei „schwer vorstellbar“. Beide Vereinigungsprozesse sollten parallel und, „wenn möglich, auch möglichst schnell“ verlaufen. Havel fuhr fort, die Deutschen hätten „für uns alle viel getan. Sie haben selber damit begonnen, die Mauer zu zerstören, die uns von den Idealen, von denen wir träumen, trennt, von dem idealen Europa ohne irgendwelche Mauern und ohne eiserne Vorhänge.“ Von seinem

den Deutschen geschehen sei, und den Menschen, die ihre Heimat hätten verlassen müssen, die Hand der Versöhnung hingestreckt.<sup>18</sup> Das sei eine sehr wichtige Geste gewesen. Der große Verband der Sudetendeutschen, dem übrigens sehr viele junge Leute unter 35 Jahre angehörten, habe gesagt, er schlage in diese ausgestreckte Hand ein.<sup>19</sup> Die Grenze sei endgültig.

Präsident Mitterrand fährt fort, man sei dabei, die Geschichte anders zu bauen. Man errichte europäische Institutionen und ein Europa mit dem Ziel, die Grenzen nicht mehr als so bedeutend zu sehen.

Der Bundeskanzler stimmt zu und sagt, was mit den Sudetendeutschen erreicht worden sei, möchte er auch mit den Schlesiern erreichen. Wenn man die Frage der Oder-Neiße-Grenze mit der Frage der deutschen Einheit verbinde, sei die Antwort klar. Das gesamtdeutsche Parlament werde sagen, so sei die neue Lage. Es wäre dies ein Ersatz für das, was im Warschauer und im Moskauer Vertrag steht und für eine endgültige Regelung durch einen Friedensvertrag. Jetzt wolle er dies jedoch nicht als Vorleistung erbringen.

Präsident Mitterrand wirft ein, die Frage werde aber in der Bundesrepublik Deutschland selbst gestellt. Er spreche sie jedoch nicht an, um sie zur Vorbedingung zu machen.

Der Bundeskanzler weist nochmals auf die innenpolitischen Gründe der Diskussion um die Oder-Neiße-Grenze in der Bundesrepublik hin. Mit der Thematisierung dieser Frage wolle man bestimmte Gruppen (Republikaner) stärken, um andere zu schwächen.

Präsident Mitterrand fährt fort, man habe indirekt ein Problem berührt, das vielleicht wichtig sei. Die Oder-Neiße-Linie sei eine direkte Hinterlassenschaft des Kriegs. Stalin habe diese Westverschiebung Polens gewollt, um sich polnisches Gebiet und auch deutsches Gebiet, nämlich Ostpreußen, anzueignen. Polen habe die Oder-Neiße-Grenze als Ausgleich für die verlorenen Gebiete im Osten erhalten. Dies sei geradezu der Inbegriff eines schlechten Vertrags. Als er Geschichte gelernt habe, sei Schlesien für ihn deutsch gewesen. Preußen sei der Angelpunkt eines großen Reiches über drei Jahrhunderte hinweg gewesen. Aber heute sei die Lage eben anders. Er sage nicht, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie eine Vorbedingung für die Wiedervereinigung sei, noch denke er das. Artikel 7 des Vertrags von 1954 (Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten) sehe eine friedensvertragliche Regelung vor. Der Bundeskanzler sage, das Parlament eines vereinten Deutschlands müsse erklären, die Oder-Neiße-Grenze sei unänderlich. Dies wäre jedoch nur ein einseitiger Akt der deutschen Seite. Das reiche seiner Auffassung nach nicht aus.

Der Bundeskanzler bemerkt, er habe nichts gegen einen Vertrag, der allerdings auch dem gesamtdeutschen Parlament zur Ratifizierung vorgelegt werden müsse. Vertragspartner dürften jedoch nicht „alle Länder“ sein.

Präsident Mitterrand erläutert, ihm gehe es nicht um einen Friedensvertrag. Dies würde ja die Wiederaufnahme der Situation von 1945 bedeuten.

Der Bundeskanzler präzisiert, diese Frage müsse zwischen Polen und Deutschland geregelt werden.

Präsident Mitterrand ergänzt, „zwischen den interessierten Ländern“. Man müsse darüber diskutieren, welche Länder dies seien. Es müßte sich um einen internationalen Akt zwischen

Besuch in Deutschland (Nr. 134) habe er „gute Eindrücke zurückgebracht“ (Auszüge der Rede, Radio Warschau/poln./25.1.90/1500, in: Ostinformationen. Nr. 19. 26. Januar 1990, 2; BPA/PA, F 1/22).

18 In einem Interview Anfang Januar 1990 erklärte Präsident Havel zur Frage der Sudetendeutschen, „das Prinzip der kollektiven Schuld, das einer der Gründe zur Vertreibung war“, sei unmoralisch und eine „Fortsetzung des Bösen“ gewesen, „das im Zweiten Weltkrieg begangen wurde“. Auch wenn unter den vertriebenen Deutschen „eine große Zahl von Menschen“ schuldig gewesen sei, hätten sie „nicht nach dem Prinzip der kollektiven Schuld um ihr Zuhause gebracht werden dürfen“ („Ich bin zu keiner Rache fähig“, in: Stern [Hamburg]. Nr. 3. 11. Januar 1990, 18–21, hier 20).

19 Nr. 174 Anm. 14.

den Betroffenen handeln. Präsident Mitterrand nannte Polen/Deutschland oder zusätzlich Frankreich, Sowjetunion, USA und Großbritannien.

Präsident Mitterrand wirft die Frage auf, wie es mit den Bündnissen weitergehen solle. Dies sei nicht die deutsche Frage. Es handle sich um ein Problem Rußlands. Der Warschauer Pakt sei nur noch eine Fiktion. Es sei unvorstellbar, daß die DDR-Armee heute die Bundesrepublik angreife.

Der Bundeskanzler wirft ein, dies gelte genauso für die polnische und für die tschechoslowakische Armee.

Präsident Mitterrand fährt fort, niemand würde mehr marschieren. Der Warschauer Pakt sei nur noch eine leere Hülse. Er habe kürzlich in einem Zeitungsartikel geschrieben, das Bündnis sei da, um gegen einen Gegner geschützt zu sein. Bald wüßten wir nicht mehr, wer der Gegner sei. Dies bedeute nicht, daß die Sowjetunion nicht mehr eine große Militärmacht sei. Im Falle eines Militärputschs könnte sie sehr gefährlich werden. Dies sei ein internationales Problem. Dann gebe es das Problem der Europäischen Gemeinschaft. Was werde aus ihr? Das vereinigte Deutschland sei ein neues Faktum. Damit werde man fertig. Ein Mitgliedsland werde praktisch um 17 Millionen Bürger größer. Dies sei eine klare Lage, die es erlauben werde, daß man zu einem Ergebnis komme. Er sehe keinen zweiten deutschen Staat in der EG. Er sehe nur ein Deutschland. Delors habe sich zu schnell zur Sache geäußert.<sup>20</sup> Es werde sicherlich keinen 13. Mitgliedstaat in der EG geben. Die Erweiterung des deutschen Mitgliedstaates um 17 Millionen stelle kein großes Problem dar.

Der Bundeskanzler wirft ein, das Gegenteil sei der Fall.

Präsident Mitterrand bemerkt etwas zögernd, immerhin stünden dann 56 Millionen Franzosen ca. 77 Millionen Deutsche gegenüber.

Der Bundeskanzler bemerkt hierzu, in den 90er Jahren würden die Franzosen und die ganze Gemeinschaft von der verstärkten Wirtschaftskraft Deutschlands große Vorteile haben.

Präsident Mitterrand ist überzeugt davon, daß dies ein wichtiger Faktor sein werde. Die Menschen in der DDR – er nennt die Sachsen und die Preußen beispielsweise – seien bemerkenswert tüchtig. Im Grunde hätten sie in katastrophalen Verhältnissen gelebt. Er glaube, daß man jetzt verpflichtet sei, die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft voranzutreiben.

Der Bundeskanzler hält dies für selbstverständlich.

Präsident Mitterrand ergänzt, die Entwicklung müsse im Wirtschafts- und Währungsbereich sowie im Hinblick auf die politische Union vorangetrieben werden. Bei dem Treffen in Biarritz<sup>21</sup> habe er mit dem Bundeskanzler über seinen Gedanken einer europäischen Konföderation gesprochen. Viele hätten seine klaren Äußerungen, die er zu diesem Thema am 31. Dezember 1989 im französischen Fernsehen gemacht habe,<sup>22</sup> falsch interpretiert und gesagt, er habe eine Konföderation in vager Form gemeint. Was er jedoch gesagt habe, sei, daß es eine Realität gebe; das sei die Gemeinschaft der Zwölf. Die Strukturen dieser Gemeinschaft müßten gestärkt werden, die Geschwindigkeit des Zusammenwachsens erhöht. Daneben gebe es die Perspektive der Konföderation, die noch gefunden werden müsse. Wichtig sei es, die Staaten, die sich jetzt von der Sowjetunion befreien, nicht allein zu lassen. Sie gehörten zum Warschauer Pakt, zum RGW. Jetzt stünden sie der Gemeinschaft allein gegenüber. Sie erschienen als die Kleinen, die Besitzlosen, aber auch diese Staaten hätten ihre große Geschichte, ihre Würde, ihren Stolz. Was würden sie tun? Einige von uns würden versuchen, sie um sich zu gruppieren. Dies wäre ein schlechter Wettbewerb. Italien würde eine Föderation mit Jugoslawien, Österreich und Ungarn eingehen wollen. Andere mit anderen Staaten. Es wäre dies ein gefährlicher Weg.

20 Nr. 144, insbes. Anm. 2.

21 Nr. 135.

22 Ebd., Anm. 8.



Der Bundeskanzler stimmt dem Präsidenten vorbehaltlos zu.

Präsident Mitterrand fährt fort, er sei deshalb für eine Konföderation, zu der alle demokratischen Länder Zugang hätten. Auch die Sowjetunion, wenn sie sich entsprechend gewandelt habe. Alle diese Länder sollten unter dieser Voraussetzung ein Recht auf Eintritt haben. Der Rahmen hierfür könnte die KSZE sein. Aber in der KSZE seien auch zwei amerikanische Staaten. Er habe nichts dagegen, aber die Konföderation müsse die Europäer umfassen. In sie könnten die EG, die KSZE, EUREKA, die europäischen Banken und andere Institutionen eingebracht werden. Seine Gedanken richteten sich auf das nächste Jahrhundert. Es wäre gut, wenn ein juristischer Rahmen geschaffen würde, innerhalb dessen alle Staaten gleichberechtigt einander gegenüberstehen. Die Großen und die Kleinen. So wie das in der EG der Fall sei. Man müsse morgen genauso mit der ČSSR wie auch mit Bulgarien von gleich zu gleich sprechen. Natürlich müsse es sich um eine lockere Institution handeln, mit wenig verpflichtenden Bestimmungen. Wichtig seien aber die gleichen Rechte für alle. Dies sei die Zukunft. Die Gegenwart sei die Europäische Gemeinschaft.

Der Bundeskanzler hält die Frage, wie man dieses Gebilde nennen wolle, für nicht wesentlich. Die Lösung für die Zukunft könne jedoch nicht sein, daß alle diese Länder der Gemeinschaft beitreten. Deshalb müsse es eine Alternative geben. Diese Alternative müßte allerdings ihre Vorbedingungen haben, nämlich daß nur ein freiheitlicher Rechtsstaat Mitglied sein könne.

Präsident Mitterrand stimmt diesem Gedankengang zu. Er kommt zurück auf seine vorherige Bemerkung, daß die Gegenwart die EG sei. Es dürfe nicht zu der Situation kommen, daß die Menschen denken, wegen der deutschen Vereinigung kämen die EG-Angelegenheiten nicht mehr voran. Er sei für die Einberufung eines informellen Europäischen Rats nach den Wahlen in der DDR. Man könne diesen Rat ähnlich ausgestalten wie den unter französischer Präsidentschaft im Herbst 1989 im Elysée.<sup>23</sup> Man brauche kein Heer von Beamten hierfür. Er stelle sich ein persönliches Gespräch unter den zwölf Regierungschefs vor. Der Präsident fährt fort, er freue sich, daß der Bundeskanzler zu ihm gekommen sei. Der Bundeskanzler sei zur Zeit der Mann, der an der Spitze eines historischen Abenteuers stehe (maître de file). Er fürchte ein vereinigt Deutschland nicht. Er möchte jedoch, daß Frankreich und andere in der Lage seien, alle internationalen Konsequenzen zu prüfen, die sich aus der Vereinigung ergeben. Der Bundeskanzler dürfe nicht den Eindruck erwecken, daß dies „die andern“ nichts angehe. Die anderen betreffe allerdings, was die Deutschen unter sich machten.

Der Bundeskanzler führt aus, die Idee des Präsidenten betreffend eine europäische Konföderation habe er schon bei dem Treffen in Biarritz begrüßt. Sie entspreche seinen Vorstellungen. Er wolle in diesem Zusammenhang ein Gespräch erwähnen, das er vor kurzem mit dem jugoslawischen Ministerpräsidenten in Davos geführt habe.<sup>24</sup> Jugoslawien fühle sich als europäisches Land, man dürfe ihm nicht die Tür weisen. Dies gelte für viele Länder. Sie wollten der Gemeinschaft beitreten. Er wolle hier nur Österreich, Norwegen, Schweden, Jugoslawien und die Türkei als Beispiel nennen. Dies könne aber nicht funktionieren. Er glaube, es sei wichtig, diese Frage ungefähr gleichzeitig mit der Verwirklichung des Binnenmarktes nicht nur zu diskutieren, sondern auch zu realisieren. Nach dem 31. Dezember 1992 müsse man damit rechnen, daß es 5, 8 oder sogar 9 Anträge auf Beitritt zur Gemeinschaft gebe. Man müsse jetzt schon an einer Lösung arbeiten.

Präsident Mitterrand wirft ein, man müsse die Entwicklung jetzt diskutieren und betreiben.

Der Bundeskanzler bemerkt, man solle die bereits vorhandenen Institutionen einbauen.

Präsident Mitterrand stimmt dem zu.

<sup>23</sup> Nr. 94.

<sup>24</sup> Gespräch des Bundeskanzlers Kohl mit Ministerpräsident Marković am 3. Februar 1990 in Davos, Vermerk des Ministerialdirigenten Neuer, 5. Februar 1990; BK, 21 – 30100 (56) Ge 28 (VS), Bl. 33–35.

Der Bundeskanzler unterstreicht, daß es für die Bundesrepublik Deutschland und für ihn selbst als Person keine Alternative zu dem gemeinsamen Weg gebe. Er wiederholt, daß wir gerade jetzt die enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich brauchen, um Fortschritte in der Gemeinschaft zu machen. Deshalb solle man erklären, daß man die Einberufung eines informellen EG-Sondergipfels positiv beurteile. Zum Termin wolle er bemerken, daß am günstigsten ein Zeitpunkt gleich nach Ostern sei, also die zweite April-Hälfte. Es sei wichtig, auf diesem EG-Gipfel bereits zu wissen, wie die DDR aussehe. Er werde alles dafür tun, daß Deutschland jeden denkbaren Beitrag zu Fortschritten bei der Integration leiste. Alles, was in Straßburg beschlossen worden sei,<sup>25</sup> wolle er vorantreiben. Er glaube sogar, daß angesichts der Entwicklung in Deutschland das Datum 31. Dezember 1992 eine noch größere Bedeutung erhalten habe.

Präsident Mitterrand betont, er wolle nicht den Eindruck erwecken, ein schlechter Freund zu sein. Er beziehe sich bei dem Mitspracherecht nur auf die internationalen Konsequenzen der deutschen Vereinigung. Dies gelte nicht für die inneren Angelegenheiten, wie z.B. die Wiederherstellung des Landes Thüringen, obwohl er dies sehr begrüßen würde, weil er in Thüringen in deutscher Kriegsgefangenschaft gewesen sei. Scherzhaft bemerkt er, er werde sich desavouiert fühlen, falls es kein Land Thüringen geben werde.

Der Bundeskanzler gibt seinem Wunsch Ausdruck, daß Frankreich und Deutschland, Präsident Mitterrand und er selbst, diesen schwierigen Weg zusammen gehen sollten und daß nichts den Schatz der Freundschaft beschädigen dürfe, der über 30 Jahre zwischen Deutschland und Frankreich gewachsen sei. Diese enge Freundschaft und die Integration in der EG sei um so wichtiger angesichts der Wiedervereinigung Deutschlands, weil hierdurch jeglicher Verdacht gegen eine deutsche Hegemonie relativiert werde. Der Bundeskanzler weist erneut auf die günstigen wirtschaftlichen Perspektiven für Frankreich hin, die sich aus einer Vereinigung Deutschlands ergeben.

Präsident Mitterrand nimmt das Thema auf und bemerkt, der Bundeskanzler habe äußerst günstige Voraussetzungen für die Wiedervereinigung durch die Lage der deutschen Wirtschaft. Sein Land habe eine große Chance auch deswegen, weil es die Gemeinschaft gebe und es Mitglied der Gemeinschaft sei. Das Deutschland Kaiser Wilhelms II. sei wirtschaftlich ein blühendes Land gewesen. Seine Außenpolitik sei aber schlecht gewesen, was zum Krieg geführt habe. Heute gebe es ein demokratisches Deutschland, das in die Europäische Gemeinschaft eingebunden sei.

Der Bundeskanzler betont, es komme hinzu, daß die Bevölkerung völlig europäisch gesonnen sei. Dies sei ein entscheidender Unterschied und eine entscheidende Veränderung.

Das Gespräch wendet sich der bevorstehenden Begegnung mit der Presse zu.

Präsident Mitterrand schlägt vor, man solle erklären, daß man für einen Sondergipfel sei. Man wolle unterstreichen, daß die europäische Einigung weitergehen werde und daß man die für den Dezember 1990 vorgesehene Konferenz betreffend Währungsfragen zeitlich etwas vorziehen werde.

Der Bundeskanzler wirft ein, das sei ihm nicht möglich.

Der Präsident fährt fort, das sei ihm bekannt. Er weist jedoch darauf hin, die Italiener würden als Präsidenschaft einladen. Wenn sie Vorschläge machten, würden diese zu prüfen sein. Jedenfalls werde er – wenn eine entsprechende Frage gestellt werde – eine positive Haltung zu einer Vorverlegung einnehmen, ohne daß er damit dem Bundeskanzler Schwierigkeiten machen wolle. Er wolle alles, was getan werden müsse, zusammen mit dem Bundeskanzler machen. Mit wem denn sonst?

Er wolle sagen, daß es das Recht der Deutschen sei, über sich selbst zu bestimmen. Er sei für

25 Nr. 117 Anm. 1.

die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und Berlins. Dies sei eine deutsche Entscheidung. Die nationalen Konsequenzen der deutschen Vereinigung oblägen der nationalen deutschen Regierung. Die internationalen Konsequenzen der Einigung müßten jedoch in anderem Rahmen besprochen werden. Er wolle hier nur die Fragen der Sicherheit und der Auswirkungen auf die EG nennen.

Der Bundeskanzler erklärt, er könne alles unterschreiben, was der Präsident ausgeführt habe, bis auf einen Punkt, nämlich den Gedanken des Abzugs der alliierten Truppen in kurzer Frist. Die deutsche Bevölkerung denke nicht so.

Präsident Mitterrand wirft ein, er sei nicht unzufrieden, wenn noch einige Truppen blieben.

Der Bundeskanzler begrüßt dies.

Präsident Mitterrand kommt auf die Äußerung BM Genschers zu sprechen, der gesagt habe, die verschiedenen heute abend erwähnten Fragen sollten von einem KSZE-Gipfel gebilligt werden. Er habe ein Interesse daran, dem Gipfel Substanz zu geben. Die Russen wollten dies auch. Sie stünden jetzt dort allerdings ohne Satelliten. Genscher habe den Eindruck vermittelt, als ob die KSZE die Frage der deutschen Vereinigung behandeln würde.

Der Bundeskanzler widerspricht dem. Zunächst müßten die Gespräche zwischen den Zwei plus Vier beendet sein. Die KSZE würde das Ergebnis nur billigen, aber nicht gestalten.

Präsident Mitterrand wirft ein, sechs seien besser als 35.

Der Bundeskanzler betont, daß das, was er gerade gesagt habe, die deutsche Position sei. Genscher sage nur, die Zwei plus Vier sollten ein Ergebnis erreichen – und dieses Ergebnis solle dann den 35 vorgelegt werden.

Die Unterhaltung endete kurz nach 22.00 Uhr.

*Neuer*

**Nr. 188**  
**Gespräch des Ministerialdirigenten Hartmann und des Ministerialrats Ludewig**  
**mit Präsident Delors**  
**Paris, 16. Februar 1990**

BK, 211 – 68000 Gi 48, Hauptvorgang Bd. 1. – Vermerk des MDg Hartmann, 19. Februar 1990. Vorlage über AL 2 und Chef BK. Mit Stempel: Der Leiter des Kanzlerbüros, 21. Februar 1990. Hs. von Bundeskanzler Kohl vermerkt: „Teltchik – Hartmann“.

Über die wesentlichen Inhalte des o.a. Gesprächs hatte ich Sie bereits mündlich unterrichtet. Ich fasse hier noch einmal kurz zusammen:

1. Präsident Delors erklärte, er habe aus einer Reihe von Gesprächen den bestimmten Eindruck gewonnen, daß die Sorgen vor der Entwicklung in Deutschland zunähmen. Man habe es teilweise sogar mit einer irrationalen Feindseligkeit zu tun, die im Wachsen begriffen sei. Delors nannte in diesem Zusammenhang sowohl einige Politiker der französischen Rechten (...<sup>1</sup>), aber auch der Linken (...<sup>2</sup>). Er bezog sich aber auch auf Gespräche mit niederländischen und italienischen Politikern und erwähnte insbesondere ein langes Gespräch mit dem polnischen MP Mazowiecki, der geradezu von einem „cauchemar“ gegenüber Deutschland geplagt werde.
2. Dies alles habe auch Auswirkungen auf die europäische Entwicklung. Es gebe – nicht nur in Frankreich – Stimmen, die dazu neigten, den sich jetzt anbahnenden Prozeß der deut-

1 Zwei Worte nicht freigegeben.

2 Zwei Worte nicht freigegeben.